
VON MARX ZUM MARKT

Rezension von: Brus, W./Laski, K.,
Von Marx zum Markt, Metropolis-
Verlag, Marburg 1990, 180 Seiten,
öS 232,40

Der kritische Zustand der Wirtschaftssysteme des sogenannten „realen Sozialismus“ vor dem politischen Umbruch 1989 war kein Geheimnis. Daß es früher oder später grundlegender Änderungen bedurfte, konnte als „certus an, incertus quando“ gelten. Daß die Kluft zwischen diesem Zustand und der offiziellen Selbstdarstellung in verbaler oder statistischer Form unüberbrückbar geworden war, davon konnte man sich auch als Tourist mit freiem Auge überzeugen. Soweit die vor dem Umbruch an der Macht befindlichen Regime nicht – wie z. B. in der DDR – mit völliger Blindheit geschlagen waren, mußten sie auch zumindest eine Ahnung davon haben, daß eine „Wirtschaftsreform“ alten Stils nicht mehr genügen würde, den Niedergang aufzuhalten, sondern daß nach Formen eines Übergangs zur Marktwirtschaft gesucht werden mußte. Für marktsozialistische Experimente war es jedoch – wie man nach den sich überstürzenden Ereignissen des historischen Jahres 1989 heute sehen kann – bereits zu spät. Angesagt ist seither überall der Übergang nicht nur von der zentral gelenkten Kommandowirtschaft zur Marktsteuerung, sondern auch von der Produktion in Staatsbetrieben zur privaten Unternehmerwirtschaft.

Zahlreiche Bücher und Artikel über die Möglichkeit eines Marktsozialismus sind von der Realität überholt und bestenfalls noch von historischem Interesse (z. B. B. Csikos-Na-

gy's „Sozialistische Marktwirtschaft“). Wenn „der Sozialismus auf der Suche nach einem neuen Wirtschaftssystem“ (so der Untertitel des rezensierten Buches) nicht eben erfolgreich war – am wenigsten in der letzten Phase dieser Suche – so kann dies Aktualität und Bedeutung des 1988 in englischer Sprache veröffentlichten und nunmehr auch in deutscher Übersetzung vorliegenden Buches von W. Brus und K. Laski in keiner Weise mindern – es ist sowohl als Analyse des Scheiterns des „realen Sozialismus“ wie auch in seiner Beurteilung des Marktsozialismus als Ausweg und Alternative durch die Entwicklung bestätigt worden.

Etwa zwei Drittel des Buches beschäftigten sich mit der Entwicklung der in den kommunistischen Ländern errichteten Wirtschaftssysteme seit der russischen Oktoberrevolution. Es wird daran erinnert, daß gerade sozialistische Theoretiker wie Karl Kautsky vehement gegen die bolschewistische Revolution Stellung bezogen, welche in einem wirtschaftlich so rückständigen Land als Versuch zur „Umkehrung der Gesetzmäßigkeiten“ von vornherein zum Scheitern verurteilt sei.

Freilich griff die Kritik solchen Typs von vornherein zu kurz: Wenn „die marxistische Theorie unterstellt, es existiere eine objektive Tendenz in den reifen kapitalistischen Gesellschaften zum Sozialismus“, so ist nach Ansicht von Brus und Laski eine solche Tendenz „nicht feststellbar. An Kräften, die in Richtung Sozialismus wirkten, hätte es nicht gefehlt, im Laufe der Zeit sind sie aber schwächer anstatt stärker geworden“. (S. 31)

Nachdem die Kommandowirtschaft sowjetischen Typs nach 1945 in 7 weiteren mittel- und osteuropäischen Ländern eingeführt worden war, zeigten sich bereits in den fünfziger Jahren immer deutlichere Anzeichen dafür, daß die von Chruschtschow ausgegebene Parole vom „Einholen und Überholen“ unrealistisch war. Dies

gab vor allem in den kleinen RGW-Ländern Anlaß zu verschiedenen „Wirtschaftsreformmaßnahmen“, die auf der Basis des Staatseigentums organisatorische Reformen und Verbesserungen des Lenkungsmechanismus mit dem Ziel der Effizienzsteigerung des Systems einführten.

Als überaus gelungen sind Darstellung und Analyse des sowjetischen Modells und auch der Wirtschaftsexperimente in Ungarn und Jugoslawien zu bezeichnen. Weder in Ungarn noch in Jugoslawien wurde ein marktsozialistisches Modell wirklich ausprobiert, da durch die Herrschaftsinteressen der kommunistischen Parteien der Spielraum für die Einführung von Marktmechanismen stets sehr eng begrenzt war und Markt nur in isolierten Teilbereichen zugelassen wurde. Bei der ungarischen Reform von 1968 lag „der wesentliche Fehler des Entwurfs darin . . . , daß das Funktionieren der Marktkräfte schon vom Prinzip her allein auf den Gütermarkt eingeschränkt war. Ein Markt für Produktionsfaktoren, vor allem ein Kapitalmarkt, wurde dagegen unterbunden.“ (S. 92) Das jugoslawische Modell der sogenannten „Selbstverwaltung“ hat wiederum die Eigeninteressen der Betriebe in einer höchst problematischen Weise mobilisiert, sodaß der Betriebsegoismus die Ungleichgewichte vergrößerte.

Im letzten Teil des Buches wird der Marktsozialismus als theoretisches Modell auf den Prüfstand gestellt. Wenn der Hauptkritikpunkt an der kapitalistischen Marktwirtschaft darin besteht, daß sie sich in der Wirklichkeit häufig als nicht in der Lage erwiesen hat, ein dynamisches Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung zu realisieren, so wird zunächst die Frage gestellt, ob dies für ein marktsozialistisches Modell eher wahrscheinlich ist. Die Autoren kommen zu dem Schluß, daß diese Frage keineswegs a priori mit ja beantwortet werden kann. Das Hauptproblem des Marktsozialismus wird allerdings in einem anderen Be-

reich lokalisiert. Angenommen, daß im Marktsozialismus die Produktionseinheiten zwar unabhängig sind, aber gesamtwirtschaftlich begründeten Zielvorgaben und generell formulierten, „parametrischen“ Lenkungsmaßnahmen der Regierung weniger Widerstand entgegenzusetzen als kapitalistische Privatunternehmungen, so kann dies u. U. die Erreichung der Ziele erleichtern; andererseits stellt sich die Frage, inwieweit ein solcher (hypothetischer) Gewinn an Makrostabilität die Mikroeffizienz, von der letzten Endes die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft abhängt, beeinträchtigt.

Dieser Frage ist das letzte, kurze aber inhaltsschwere Kapitel über die Funktion der Eigentumsrechte gewidmet. Die Autoren versuchen hier, die Schlußfolgerung möglichst offen zu halten. Jedenfalls wird Privateigentum für einen funktionierenden Markt als *conditio sine qua non* gesehen. „Die meisten der in einer Marktwirtschaft zu treffenden wichtigen Entscheidungen enthalten, neben Routineaufgaben, auch unvorhersehbare spekulative Elemente, und genau diese gehen in der Regel über das eigentliche Handlungsvermögen eines ‚agent‘ (das ist der Sachwalter des öffentlichen Eigentums, G. Chaloupek) hinaus. Und daran ändert sich natürlich überhaupt nichts, wenn zusätzliche und noch höhere Ebenen der Hierarchie kreierte werden: Die wirklichen, in eigenem Namen und für eigene Rechnung agierenden ‚principals‘, die die Risikoverantwortung letztlich niemand anderem mehr übertragen können, sind in der Anonymität der staatlich-institutionellen Strukturen nicht auffindbar. Und es liegt in erster Linie daran, daß es so schwierig, wenn nicht gar unmöglich ist, die Unternehmerfunktion im Rahmen des staatlichen Eigentums zu lokalisieren.“ (S. 168) Per Saldo sei die Sache der Staatsunternehmen „noch nicht unwiederbringlich verloren“ (S. 176), doch ist auch auf dem Boden einer marktsozialistischen Position die Exi-

stanz von staatlichen Unternehmungen von ihrer Bewährung in der Praxis abhängig zu machen. Der Prozeß der Transformation der östlichen Wirtschaftssysteme „nimmt seinen Ausgang an einem Punkt, in dem die staatlichen Unternehmen dominieren, und diese Tatsache kann nicht über Nacht aus der Welt geschafft werden. Eine gemischte Wirtschaft, in der verschiedene Formen von Staatsbetrieben allmählich in die Lage versetzt würden, auf gleicher Stufe mit privaten Firmen und Kooperativen zu konkurrieren, scheint in naher Zukunft die einzige realistische Perspektive für den Marktsozialismus zu sein. Das bedeutet, daß die Frage, ob Staatsbetriebe in den Rahmen eines wirklichen Marktes, inklusive auch Kapitalmarktes, integriert werden können, weiterhin relevant bleibt. Fällt die Antwort positiv aus, so ergibt sich das Problem, wie diese Integration mit minimalen Verlusten bewerkstelligt werden kann.“ (S. 177) Die praktischen Erfahrungen mit Staatsunternehmen in westlichen gemischten Systemen zeigen allerdings, daß Staatsunternehmen nur bei streng privatwirtschaftlicher Führung diese Probe bestehen können, und daß die Einhaltung der erforderlichen Bedingungen schwach abgesichert ist.

Es fällt gar nicht leicht, bei der Brillanz des Buches im Rahmen dieser Rezension auch kritische Anmerkungen vorzubringen. Die im folgenden angeführte Kritik fällt im Verhältnis zu den Vorzügen des Buches wenig ins Gewicht.

Vielleicht haben die Autoren zu den offiziellen Statistiken der früheren „sozialistischen Länder“ zu viel Vertrauen. In den letzten Jahren wurde immer deutlicher erkennbar, daß die Volkseinkommensrechnungen dieser Länder ein falsches Bild geben und die wirklichen Pro-Kopf-Einkommen weit niedriger liegen, auch abgesehen von den immer größer gewordenen Qualitätsunterschieden. Im Lichte dieser Erkenntnisse sind auch alle

„Erfolgsmeldungen“ aus länger zurückliegenden Perioden in Frage zu stellen und müssen wahrscheinlich erheblich revidiert werden. Sicher geschah es gerade in den letzten ein bis zwei Jahrzehnten, daß Ostblock-Wirtschaft einer progressiven Auflösung unterlag. Wenn die wirklichen Relationen zum Westen so sind, wie durch neuere Schätzungen dargestellt wird (Butschek, 1990), so muß wohl auch an den für die fünfziger und sechziger Jahre ausgewiesenen Wachstumsraten etwas falsch sein. Diesbezüglich sind Brus und Laski vielleicht zu wenig kritisch.

In Abwandlung der Problemstellung von Brus und Laski könnte man auch fragen, warum Oskar Langes Modell eines Marktsozialismus, das immerhin seit den dreißiger Jahren bekannt war, niemals realisiert wurde. Fast zur selben Zeit veröffentlichte der österreichische Statistik-Professor Walter Schiff ein Buch über Planwirtschaft, das theoretisch Langes Artikeln weit unterlegen ist, aber der Realität der Sowjetunion und auch der erst über zehn Jahre später etablierten Systeme in Osteuropa viel näher kam. Die Gründe für das Scheitern der zaghaften marktsozialistischen Experimente sind sowohl immanent als auch in den politischen Rahmenbedingungen gelegen. Beide Aspekte sind jedoch nicht voneinander isolierbar, da Demokratie und Marktwirtschaft offenbar einander wechselseitig bedingen (im Sinne einer notwendigen, nicht hinreichenden Bedingung) und pluralistische Demokratie in einem System mit ausschließlichem oder überwiegendem Staatseigentum an den Produktionsbetrieben nicht möglich ist. Die osteuropäischen Länder haben 1989 die Diktatur beseitigt, die feste Etablierung einer pluralistischen parlamentarischen Demokratie bleibt jedoch eine Aufgabe für die Zukunft und ist vom Gelingen des Übergangs zur Marktwirtschaft bei gleichzeitiger Privatisierung eines großen Teiles des Staatseigentums abhängig. Daß sie

sich dabei auf eine Gratwanderung begeben haben, ist im Jahr nach dem historischen Jahr deutlich geworden.
Günther Chaloupek

Literatur

- Butschek, Felix, Wohlstand und Wirtschaftssystem, in: Wirtschaft und Gesellschaft 4/90
- Csikos-Nagy, Bela, Sozialistische Marktwirtschaft, Wien 1988
- Schiff, Walter, Die Planwirtschaft und ihre ökonomischen Hauptprobleme, Berlin 1932